(KR/WL)

1. **EZB bremst Aufschwung in Europa**
   Schon ohne die für Donnerstag erwartete Zinserhöhung bremst die Europäische Zentralbank (EZB) das Wachstum im Euro-Raum. Das geht aus der Dezember-Auswertung des FTD-Euro-Wachstumsindikators hervor. Wie wichtig derzeit die Inlandsnachfrage ist, zeigt auch die Tatsache, dass dem Euro-Indikator zufolge derzeit der Einzelhandel stärker zum Wirtschaftswachstum beiträgt als selbst im New-Economy-Boom 2000.
   Quelle: FTD
2. **Handelsblatt: Deutsche Firmen sparen am Lohn**
   In den vergangenen Jahren mussten sich die deutschen Arbeitnehmer immer wieder anhören, dass ihre Löhne zu hoch seien. Tatsache ist aber, dass seit der Jahrtausendwende in keinem anderen Land der EU die Arbeitskosten so gering gestiegen sind wie in der Bundesrepublik. Die Unterschiede sind enorm.
   Quelle: Handelsblatt

   Anmerkung: Laut Statistischem Bundesamt stiegen die Kosten pro Arbeitsstunde von Anfang 2000 bis zum zweiten Quartal 2006 in Deutschland gerade einmal um 9,8 Prozent; der EU-Durchschnitt lag dagegen bei 22,3 Prozent. Sowohl die Bruttolöhne und -gehälter als auch die Lohnnebenkosten trugen zu der Entwicklung bei. Während die Bruttolöhne und -gehälter in der EU um 22,3 Prozent stiegen, legten sie in Deutschland nur um 11,7 Prozent zu. Noch größer war der Unterschied bei der Entwicklung der in Deutschland immer wieder als völlig überhöht kritisierten Lohnnebenkosten, die sich in Deutschland nur um 3,5 Prozent erhöhten. In der EU lag der Zuwachs dagegen bei 23,3 Prozent.
   Selbst das Handelsblatt, der mediale Bannerträger der zu hohen Lohnkosten in Deutschland, kommt nicht mehr umhin, die Fakten zur Kenntnis zu nehmen.
   Ein wichtiges Dokument dafür, wie ideologisch bei uns die Debatte über die Senkung der Lohnkosten geführt wird und wie verfehlt die Politik der Regierung ist, die darin immer noch ihr wichtigstes Ziel sieht.

3. **“Was darf sozialer Frieden kosten?”**
   Sozialforscher Peter Bartelheimer: „In der Unterschichten-Diskussion wird zu viel psychologisiert. In den 60er Jahren hatten die Menschen, so wie sie nun mal sind, alle Arbeit. Wir müssen Unterbeschäftigung und Niedriglöhne wieder als Probleme für das öffentliche Handeln – etwa für eine andere Wirtschaftspolitik – anerkennen und nicht als individuell verschuldete Problemlage sehen.“
   Quelle: FR

4. **Wem Armut droht**
   Interessant wird die Studie "Leben in Europa" zu Armut und sozialer Ausgrenzung für Deutschland, wenn sie die Wirkung von Sozialtransfers beschreibt: "Ohne soziale Transferleistungen wie Arbeitslosengeld, Sozialhilfe, Wohngeld oder Kindergeld wäre fast ein Viertel (24 Prozent) der Bevölkerung armutsgefährdet", schreibt das Statistische Bundesamt.
   Quelle: ZEIT
5. **Lästige Kostenfaktoren**
   Die schleichende Privatisierung der Altenpflege geht einher mit dramatischen Versorgungsmängeln in vielen Einrichtungen.
   Quelle: Junge Welt
6. **»Das ist der Wiedereinstieg in den Verwahrvollzug«**
   Negative Bilanz nach einem Jahr Teilprivatisierung einer hessischen Justizvollzugsanstalt. Ein Gespräch mit Uwe Röhrig, hessischer Landeschef des Bundes der Strafvollzugsbediensteten Deutschlands.
   Quelle: Junge Welt
7. **Karl Lauterbach: Die Proteste der Mediziner gehen an den echten Problemen vorbei – wie der Zweiklassenmedizin oder der ungerechten Honorarordnung**
   Quelle: taz
8. **Deutsches Studentenwerk fordert eine Erhöhung der Ausbildungsförderung und mehr Chancengerechtigkeit für ein Studium**
   Quelle: junge Welt
9. **ver.di: Veränderung des Einkommens von Alleinlebenden 2005 gegenüber 1991**
   Ein mageres Plus für Beschäftigte von rund zwei Prozent insgesamt. Arbeiterinnen und Arbeiter haben ein dickes Minus von über fünf Prozent. Wer Rente bekommt, hat ebenfalls verloren. Und richtig bitter ist es für Arbeitslose: minus 17 Prozent. Zugelegt haben nur Selbständige um plus 15 Prozent.
   Quelle: ver.di Wirtschaftspolitik aktuell [52 KB]